

AUS DEM FLENSBURGER TAGEBLATT VOM 15. OKTOBER 2015

Stimmungsbild eingeholt

UMFRAGE Vielen Kommunen werden äußerst kurzfristig Flüchtlinge zugewiesen. Wie gehen die Entscheidungsträger damit um? Die Lokalredaktionen haken nach.



DREHBUCH

Zeitung Flensburger Tageblatt
Auflage 187.700*
Kontakt Holger Loose
Telefon 0431 – 579 81 17 51
E-Mail hl@shz.de

Idee In den Telefonkonferenzen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (SHZ) geht es immer wieder auch um Flüchtlinge, sagt Holger Loose, Redakteur der SHZ-Redaktion in Kiel. Einige der Fragen, die dabei häufig auftauchen: Wie ist die Stimmung vor Ort in den Gemeinden? Wie gut fühlen sich die Bürgermeister und Landräte, die Flüchtlinge aufnehmen, von der Landesregierung informiert? Dem wollte man nachgehen.

Umsetzung Loose schrieb eine Rundmail an die Leiter der verschiedenen SHZ-Lokalredaktionen. Sie sollten sich an den Bürgermeister oder Landrat ihrer Gemeinde wenden und ihn um ein Statement bitten. Die Layouter am Newsdesk der Hauptredak-

tion in Flensburg entwarfen derweil die Zeitungsseite. Die Lokalredakteure hatten darauf Zugriff und konnten somit sehen, wie viel Platz ihnen zur Verfügung steht, und die Texte selbst einfließen lassen. Gleichzeitig gestalteten die Grafiker des Verlages eine Übersichtskarte. Darauf wurden, basierend auf Angaben des Landesamts für Ausländerangelegenheiten, die einzelnen Gemeinden verzeichnet, samt Kapazitäten für die Flüchtlingsunterbringung und derzeitiger Auslastung. Die Seite erschien in allen Ausgaben des SHZ. Sie wurde jeweils auf der ersten Seite ange teasert, außerdem wurde das Thema in einem Kommentar aufgegriffen.

Aufwand Die Arbeit an dem Thema sei ein „Selbstläufer“ gewesen, sagt Loose. Am Morgen wurde die Seite geplant, gegen 17 Uhr hatte man alle Informationen beisammen. „Unsere Lokalredakteure sind gut mit den Entscheidungsträgern vor Ort vernetzt“, betont er. „Das ist ein großer Vorteil.“ Die Arbeit sei reibungslos verlaufen. „Alle Entscheidungsträger waren sofort zu Statements bereit. Die Stimmung hatte sich im Vorfeld einfach zu sehr verschlechtert“, sagt der Redakteur. „Es bestand Redebedarf.“

Reaktionen Leserbriefе oder Anrufe in der Redaktion habe es nicht gegeben. „Für uns ein gutes Zeichen – meist melden sich die Leser ja, um sich zu beschweren“, sagt Loose. Die Bürgermeister und Landräte hätten sich positiv geäußert.



Holger Loose ist Redakteur im Kieler Büro des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags.

drehscheibeTIPP

„Hier wird geholfen“: Auf einem Blog werden Termine, Tipps und Anregungen für Helfer in Asylbewerberheimen oder solche, die es werden wollen, veröffentlicht.

Die Sorgen der Bürgermeister

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise fühlen sich vom Innenministerium schlecht informiert – zeigen jedoch auch Verständnis für kurzfristige Entscheidungen

Ulf Kämpfer, Kiel

„Die Kommunikation mit dem Land klappt gut“, sagt Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer, der nach wie vor eine positive Stimmung in der Bevölkerung registriert. „Wir sehen aber, dass die wachsenden Aufgaben, die mit den Flüchtlingsströmen einhergehen, auch zu Verunsicherung und



Sorgen führen. Die Entwicklungen der vergangenen und der kommenden Monate bedeuten auch für Kiel eine spürbare Veränderung“, so Kämpfer weiter. Wichtig sei, klar die Herausforderungen zu benennen, ohne in Panik zu verfallen oder Probleme kleinzureden. „Wir sind davon überzeugt, dass wir in Kiel gemeinsam die heute absehbaren Herausforderungen bewältigen können.“ *rie*

Hartmut König, Boostedt

„Nörgelig zu sein, wäre unfair“, sagt Hartmut König, Bürgermeister von Boostedt (Kreis Segeberg). Er fühlt sich informiert vom Land und sagt, dass er immer schnellen Kontakt zur Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler habe. Die Leute denken, dass der Bürgermeister die Befugnis habe, zu entscheiden, ob mehr Flüchtlinge in der Gemeinde untergebracht werden. „Das habe ich nicht, und wir versuchen, bestmöglich mit dem Land zusammenzuarbeiten.“ Dass ehrenamtliche Helfer wegbrechen, kann König nicht feststellen. Es gebe in Boostedt viele Kritiker, aber eben auch viele Menschen, die sich für die Flüchtlingshilfe einsetzen. Er erhalte positive und negative Mails, das halte sich die Waage. Dabei stellt König klar, dass es sich immer um eine Momentaufnahme handle. *sof*



Gerhard Blasberg, Glückstadt

Glückstadts Bürgermeister Gerhard Blasberg bedauert die mangelnde Informationspolitik aus Kiel. „Das Land tut so, als ob die Stadt nichts damit zu tun hat. Wir brauchen aber das Ehrenamt“, so Blasberg, in dessen Stadt im Kreis Steinburg ab November 2000 Flüchtlinge untergebracht werden. Und diese Ehrenamtler vor Ort hätten schon jetzt Schwierigkeiten, weil sie Antworten geben müssen, aber nicht können. „Es wird ihnen nicht abgenommen, dass sie Fragen nicht beantworten können, und das ist das Allerschlimmste.“ Blasberg will dem Land Mut machen: „Seid offensiv“, rät er. Aus seiner Sicht wollen die Bürger die Wahrheit und auch Zahlen hören. „Schweigen ist das Schlimmste.“ Viele Probleme seien vermeidbar. *cr*



Reinhard Sager, Kreis Ostholstein

„Verbesserungswürdig in jeder Hinsicht“ findet Ostholsteins Landrat Reinhard Sager (CDU) die Informationspolitik des Innenministeriums. Trotzdem formuliert er seine Kritik sehr freundlich: „Ich weiß, dass die Mitarbeiter dort sehr unter Druck stehen, wie unsere übrigens auch.“ Deshalb sei der Informationsfluss auf einem „sehr



niedrigen, gerade noch tolerierbaren Niveau.“ Als Beispiel nennt er die Zuweisung von Flüchtlingen an die Kreise: „Wir bekommen etwa zehn Tage vorher Bescheid, wenn neue Asylbewerber kommen. Aber die Angaben sind sehr dürrig, was zum Beispiel berufliche Qualifikationen oder religiöse Zugehörigkeit angeht.“ Sehr viele Informationen bekommen man erst durch Nachfrage, und dabei müsse man auch Geduld beweisen. *kf*

Willy Toft, Eggebek

„Ich bin mehr oder weniger jeden Tag damit beschäftigt, die Leute zu beruhigen“, sagt Eggebeks Bürgermeister Willy Toft. Für Verunsicherung sorgt, dass seine Gemeinde im Kreis Schleswig-Flensburg in der Warteschleife hängt. Ursprünglich hätte auf dem ehemaligen Eggebeker Militärflugplatz schon in diesem Monat ein Erstaufnahmelaager für bis zu 500 Flüchtlinge in Betrieb genommen werden sollen. Doch dann musste der Kampfmitelräumdienst zunächst den Boden des im Zweiten Weltkrieg bombardierten Areals



aufwändig durchkämmen. „Da sind immense Kosten entstanden“, sagt Toft. „Bei den Arbeiten mussten sämtliche Versorgungsleitungen herausgenommen und anschließend wieder neu verlegt werden.“ Nun werden die Flüchtlinge erst im Januar in das Containerdorf einziehen. Ob es dann bei der in der Baugenehmigung festgelegten Obergrenze von 500 Bewohnern bleibt? „Ich will nicht spekulieren“, sagt Toft und verweist zugleich auf die Abmachung mit der Landesregierung: „Da steht auch drin, dass der 31. Mai 2017 der letzte Tag für das Lager ist. Ich gehe davon aus, dass sich das Land daran hält.“ *ac*



Simon Faber, Flensburg

Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber, in dessen Stadt das Land im Frühjahr ein Flüchtlingsdorf mit knapp 600 Plätzen angekündigt hatte und jetzt schon sehr viel größer denkt: „Wir wären schon sehr dankbar, wenn wir zeitnah Informationen über Planungsstand und Größe bekämen.“ Bei den ersten Vorstellungen auf dem Campus sei die Stimmung überwiegend positiv gewesen. Mittlerweile würden aber auch Ängste, Sorgen und Nöte der Bürger laut. *jol*



Martin Voigt, Oldenburg

„Die Informationspolitik seitens des Landesamtes ist schlecht“, sagt Martin Voigt, Bürgermeister der ostholsteinischen Stadt Oldenburg. Vor ihren Toren, in der Wagrien-Kaserne in Putlos, sind seit ziemlich genau vier Wochen bis zu 900 Menschen untergebracht, die Asyl suchen. Voigt weiter: „Ein Vertreter des Landesamtes hat sich für ein Gespräch am Freitag angesagt, aber bisher haben wir alle Informationen aus anderen Quellen und nicht vom Land bekommen.“ Die Stimmung in der Stadt und



auch bei den Helfern sei unverändert gut, die Bereitschaft zum Spenden ungebrochen, ebenso gebe es auch viele, die sich bei der Betreuung auch ohne DRK-Mitgliedschaft engagierten. In der Unterkunft in Putlos sei die Leitung der vom DRK-Kreisverband Ostholstein organisierten Betreuung mittlerweile hauptamtlich besetzt. „Die Stimmung unter den Flüchtlingen ist auch besser geworden“, weiß Voigt, „weil endlich mit der Registrierung der Asylbegehren begonnen worden ist.“ Das Verfahren sei offenbar sehr aufwändig, die Asylbewerber würden dazu eigens nach Neumünster gefahren. *kf*

Peter Dirks, Seeth

Vom Innenministerium im Stich gelassen fühlt sich Bürgermeister Peter Dirks aus Seeth (Kreis Nordfriesland). In seiner Gemeinde befindet sich seit dem Sommer ein Erstaufnahmelaager. Die Stapelholm-Kaserne ist derzeit für maximal 600 Asylbewerber ausgelegt, es soll aber für bis zu 2000 Platz geschaffen werden. „Das habe ich am Dienstag vergan-



gener Woche erfahren“, sagt Dirks, „und sollte es erst auf der Einwohnerversammlung am Donnerstag bekanntgeben. Und an dem Nachmittag hatten die Bürger das bereits aus dem Radio erfahren.“ Die Mitteilungen kämen immer aus heiterem Himmel. „Zudem werden wir im Ort auch nicht gefragt, wo uns der Schuh drückt. Es gibt keine Gespräche auf Augenhöhe mit dem Ministerium.“ Die Belastungsgrenze für die Ehrenamtler, zu denen er ja auch

gehört, sieht er bald erreicht. „Die müssen doch wenigstens Kilometergeld vom Land bekommen, sonst verlieren sie irgendwann die Lust.“ Manche fahren mehr als 50 Kilometer. Er selbst verbringt viel Zeit damit, Anfragen zu beantworten, beispielsweise wo Sachen abgegeben werden können. „Aber dafür bin ich nicht gewählt worden, sondern nur dafür, mich um meine 600 Einwohner zu kümmern. Ich bin mit meinem Latein am Ende.“ *ieb*



„Nicht über unsere Köpfe hinweg“: Demonstration in Lübeck. KRÖGER

Bernd Saxe, Lübeck

Mit einer Demonstration haben sich Anwohner gegen den zweiten Anlauf des Landesgewehrs in Lübeck eine ständige Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge an der Kronsforder Landstraße zu errichten. Knapp 70 Lübecker versammelten sich mit Protestplakaten in der angrenzenden Gartenstadt Rothebek. Die Bürgerinitiative stützt sich unter anderem darauf, dass der Bebauungsplan des Gebiets nur

Axel Pietsch, Kellinghusen

„Informationsmäßig sitze ich auf dem Trockenen“, beklagt Axel Pietsch, hauptamtlicher Bürgermeister in Kellinghusen. Weder Belegungszahlen noch sonstige Informationen kämen aus dem Kieler Innenministerium. „In Krisenzeiten muss eine vernünftige Informationspolitik betrieben werden“, fordert Pietsch. Höhepunkt aus seiner Sicht: Montag war Minister Stefan Studt für über zwei Stunden in der Unterkunft, darüber habe ihn niemand informiert. Doch Informationen seien wichtig, denn auch die



Bevölkerung wolle wissen, woran sie ist. Es kursierten bereits Gerüchte, dass bis zu 2000 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, er selbst habe dazu nichts gehört. Die Stimmung in der Stadt leide unter der mangelnden Information. Denn würden es wirklich 2000 Flüchtlinge, wäre diese Zahl für zahlreiche Einwohner zu viel, das wären mehr als 25 Prozent der Bevölkerung. Pietschs Fazit: „So kann man nicht zusammenarbeiten.“ Gestern Nachmittag kam dann endlich ein Anruf aus Kiel: Wenn die Versorgungslage es zulässt, könne die Notunterkunft auf bis zu 2000 Personen verdichtet werden. *jo*

Olaf Taurus, Neumünster

Alles andere als ausreichend informiert fühlt sich Neumünsters Oberbürgermeister Olaf Taurus. „Wir erhalten zwar tagaktuell die Belegungszahlen für die Erstaufnahmeeinrichtungen, eine inhaltliche Diskussion über die Entwicklung der Einrichtung und die Aufnahmekapazität der Stadt findet aber kaum statt. Dies ist un-



befriedigend“, so Taurus. Er nehme eine zunehmend angespannte Stimmung in der Bevölkerung wahr und warnt: „Wir müssen alles tun, damit die Stimmung nicht kippt.“ Das ehrenamtliche Engagement in Neumünster sei weiter hoch, jedoch könnten solche Strukturen nicht dauerhaft Aufgaben übernehmen. „Es ist zu befürchten, dass mit der Zeit bürgerschaftliches Engagement auch weniger werden kann.“ *ro*

Andreas Koeppen, Itzehoe

Itzehoes Bürgermeister Andreas Koeppen ärgert sich, dass er von einer geplanten Erweiterung der Notunterkunft in seiner Stadt aus einer Presseerklärung des Ministeriums erfuhr. „Ich wurde nie rechtzeitig im Vorwege informiert, wenn es neue Pläne gab“, beklagt der Sozialdemokrat. „Ich habe volles Verständnis dafür, dass die Lage nicht einfach zu beherrschen ist. Aber als Bürgermeister muss ich sprechfähig sein.“



Trotz mangelnder Kommunikation sei die Stimmung in der Bevölkerung gut: „Die Leute sind überwiegend positiv eingestellt und wollen helfen.“ Auch wenn Haupt- und Ehrenamtler total überlastet seien, seien sie doch „über beide Ohren engagiert“. Allerdings: „Es gibt auch immer mehr Stimmen, die Bedenken und Befürchtungen äußern.“ *mal*

Pierre Gilgenast, Rendsburg

Für Rendsburgs Bürgermeister Pierre Gilgenast gibt es aktuell kaum Grund zur Klage: „Nach anfänglichen Schwierigkeiten haben wir jetzt einen guten Informationsaustausch mit dem Innenministerium. Jeden Montag findet im Rendsburger Aufnahmelaager eine Besprechung statt.“ Seit das Aufnahmelaager im August in Betrieb ging, sei die Euphorie in der



Bevölkerung groß. Mittlerweile seien jedoch auch andere Stimmen zu hören, die in Richtung Ängstlichkeit gehen. „Nachhaltigen Eindruck haben offenbar die Fernsehbilder von überfüllten Bahnhöfen in Süddeutschland hinterlassen“, meint Gilgenast. In Rendsburg sei die Stimmung bisher nicht gekippt, „allerdings haben wir auch noch keine Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen akquirieren müssen.“ *dj*

Ein- und Zweifamilienhäuser zulasse – für Belegungen für 600 Flüchtlinge davon jedoch eine Ausnahme gemacht werden soll. Bei Bürgermeister Bernd Saxe kommt es so an, „das sich die Bedenken auf die Größe der Einrichtung beziehen und nicht grundsätzlich auf eine Erstaufnahme“. Die Stadt selbst unterhält für



Flüchtlinge mittlerweile 34 Gemeinschaftsunterkünfte mit 40 bis 140 Plätzen. Sie seien in den Stadtteilen insgesamt positiv aufgenommen worden. Überhaupt halte die Welle der Hilfsbereitschaft und freundlichen Aufnahme unvermindert an. „Um ein Umkippen der Stimmung zu vermeiden, kommt es darauf an, mit großer Offenheit mit der Bevölkerung zu kommunizieren“, findet Saxe. *ffu*